

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1896

244 (17.10.1896) I. Blatt

Zusgabe:
Wöchentlich zwölf Mal.
Abonnementspreis:
Vierteljährlich:
In Karlsruhe durch den Agenten bezogen: 2 Mark 50 Pf.,
in das Haus gebracht: 2 Mark 80 Pf., durch die Post ohne Zustellgebühr: 2 Mark 60 Pf., Vorauszahlung.

Badische Landeszeitung.

Redaktion und Expedition: Kirchstraße 2.

Telephonanschluß Nr. 401.

Einzelgebühren:
Die 1/2spaltige Kolonellspalte über deren Raum 20 Pf., im Restamentheile 60 Pf.
Bemerkungen:
Unbenützte gebliebene Einblendungen werden nicht aufbewahrt und können nachträgliche Honorar-Ansprüche keine Berücksichtigung finden.

Nr. 244. I. Blatt.

Karlsruhe, Samstag, den 17. Oktober

1896

Bismarck und die Entsehung der Centrumsparthei.

Die Thätigkeit der „katholischen Fraktion“ im ersten deutschen Reichstage kennzeichnet sich als eine solche, die darauf ausgeht, das ruhmvolle Werk Bismarcks zu verunfähen. Windthorst, der bald die alleinige Führung an sich riß, war vorher hannoverscher Minister gewesen, und sein politisches Endziel war die Wiederherstellung des Königreiches Hannover. Alles, was der preussischen Regierung Schwierigkeiten bereitete, betrachtete er als seinen Zweck förderlich. Die Bildung einer konfessionellen Fraktion bot seinem findigen Geiste eine viel zu gute Handhabe zur Entsehung von Bismarck, als daß er sie nicht mit aller Kraft hätte benutzen sollen.

Daß diese Beurteilung nicht zu hart ist, bedarf für den Kenner der Thatsachen keines Beweises. Jene, die ein anderes Motiv würde man in den Thaten der katholischen Fraktion vergeblich suchen. Bald versicherte sie, den bundesstaatlichen Charakter des Reiches festhalten zu wollen, damit ja nicht die Einheit zu groß werde, bald stellte sie den Antrag, die „Grundrechte“ in die deutsche Verfassung aufzunehmen und verließ damit gegen die Selbständigkeit der Bundesstaaten, denn die Reichsverfassung beruht auf den Versailler Verträgen, die mit Mühe und Not zustande gekommen waren und die das äußerste Maß von Zugeständnissen der Bundesstaaten enthielten. Und nun sollte denselben ein weiteres Zugeständnis auferlegt werden, welches sie nicht hatten machen wollen, die Grundrechte, die natürlich auch im Sinne der größtmöglichen Freiheit der kirchlichen Agitation zugelassen waren. Ein andermal beantragte Windthorst die Schaffung eines Oberhauses, als Korrektiv für den düsteren Reichstag, gab sich also wieder den Anschein, auf dem bundesstaatlichen Standpunkt zu stehen. Man darf also ganz wohl sagen: daß es ein leitendes Prinzip für die neue Partei nicht gab, außer demjenigen, unserm Reich ein Bein zu stellen. Natürlich verstand Windthorst mit seiner vielbewunderten Adonatenbereitschaft, allen Anträgen ein schönes Wäntelchen umzuhängen.

Es würde zu weit führen und die Leser ermüden, wollten wir alle Thaten der neuen Fraktion hier vorführen. Bismarck hatte genug zu thun, um die Bestrebungen Windthorst's zu bekämpfen, und daneben leitete er die Friedensverhandlungen mit Frankreich, die in Brüssel nicht den erwünschten Verlauf nahmen und einmal auf dem Punkte waren, abgebrochen zu werden, was natürlich den sofortigen Wiederausbruch des Krieges zur Folge gehabt hätte. Man weiß, wie Bismarck endlich die französischen Unterhändler nach Frankfurt beschied und durch sein persönliches Eingreifen den Frieden zu stande brachte. Es muß einem deutschen Vaterlandsfreund späterer Zeiten seltsam anmuten, wenn er die Geschichte dieser Tage liest: hier den gewaltigen Reden, der seinem Vaterlande eine ungeahnte, die kühnsten Träume überragende Nachstellung schuf, und dort die unverschämlichen Widersprüche, die um fremder Interessen willen sein Wort zu stören suchten.

Es ist nur zu begreiflich, daß Bismarck's auf das Große gerichtete Sinn die ihm berechneten Hindernisse peinlich empfand. Als vorstehiger Staatsmann verstand er, auf diplomatischem Wege denselben Herr zu werden. Er hoffte, von dem schlecht unterrichteten Centrum an den besser unterrichteten Papst appellieren zu können. Denn das Centrum durfte doch nicht päpstlicher sein, als der Papst selbst. Windthorst machte, wie wir deutlich sehen, mehr Utopie als Kirchenpolitik, und es war daher nicht ausfindig, ihn durch die römische Kurie zügeln oder verleugnen zu lassen. Leider müssen wir sagen, daß die nun folgende Episode die berühmte Doppelzüngigkeit der römischen Politik in einem sehr wenig anmutigen Lichte zeigte.

Am 17. April 1871 erließ Bismarck an den bayerisch-deutschen Gesandten beim Vatikan, den Grafen Tauffkirchen, die Weisung: „Erwähnen Sie, ohne Initiative zu nehmen, in gelegentlichen Gesprächen, daß die wenig taktvolle Art, in der die ungeschickte konstituierte katholische Reichstagsfraktion ihr angreifendes Vorgehen gegen das neue Reich und seine Regierung in Scene gesetzt hat, der antipäpstlichen Bewegung, die Sympathien auch solcher Kreise zuführt, denen solche selber fremd waren.“ Darauf telegraphierte Graf Tauffkirchen am 21. April aus Rom: „Kardinal Antonelli (damals der Leiter der römischen Politik und die rechte Hand des Papstes Pius IX.) erklärte mir, daß er die Haltung der sog. Centrumsfraktion im Reichstage als taktlos und unangemessen mißbilligt und beklagt.“ Am 10. Mai ergänzte Graf Tauffkirchen sein Telegramm dahin, daß Graf Kalnodj (der österreichische Gesandte in Rom) ihm mitgeteilt habe, „der Papst habe ihm gegenüber das Auftreten der Katholikenpartei im Reichstage als inopportun und unpraktisch bezeichnet und beklagt.“ Bismarck empfing diese Nachrichten, die seinen berechtigten Erwartungen entsprachen, mit unvorstellbarer Genugthuung und teilte sie mit feiner gewohnter Offenheit mehreren Abgeordneten mit, unter andern dem Mainzer Bischof v. Ketteler, der der neuen Fraktion angehörte. So erfuhr auch Savigny davon, der sofort seine Hebel ansetzte, um zwischen Bismarck und Ketteler eine Entzündung herbeizuführen.

Am 19. Juni schrieb Bismarck an den Grafen Frankenberg, daß den Berichten des Grafen Tauffkirchen zufolge, Kardinal Antonelli das Verhalten der Centrumsfraktion mißbilligt. Er fügte hinzu: „Diese Mißbilligung ist mir nicht unangenehm gewesen, da die Kundgebungen, welche Sr. Maj. dem Kaiser nach Herstellung des Deutschen Reiches von Sr. Heiligkeit dem Papste zugegangen waren, jederzeit von den ungewissenhaftigsten Ausdrücken der Genugthuung und des Vertrauens enthalten haben.“

Mit Ermächtigung Bismarck's veröffentlichte Graf Frankenberg dieses Schreiben. Sofort „ging der Sturm los und flogen alle Minen auf.“ Und nun geschah das für gerade Naturen Unfassliche, daß Kardinal Antonelli es machte, wie jener berühmte Amtsrichter, welcher jedem der beiden streitenden Teile Recht gab. Bischof v. Ketteler wurde sehr bald in die Lage versetzt, zur Beschwichtigung der nicht geringen, im Centrum ausgebrochenen Aufregung ein Schreiben Antonelli's vom 5. Juni vorzulegen, worin der Kardinalstaatssekretär sich als „nicht wenig betrübt darüber bekundete, daß durch die Gegner der Kirche (!) in deutschen Zeitungen verbreitet werde, die Handlungsweise der katholischen Fraktion im deutschen Reichstage sei von ihm getadelt worden.“ Er habe gegenüber dem Grafen Tauffkirchen „die Absicht, den Reichstag zu einer Meinungsäußerung über eine zum Schutze der weltlichen Herrschaft der Kirche zu beschließende Einmischung zu veranlassen,

nur für verfräht“ erklärt. Antonelli schloß mit folgender Aufforderung an das Centrum, in seiner oppositionellen Haltung fortzufahren: „Hieraus läßt sich erkennen, daß ich durchaus nicht das Bestreben der katholischen Abgeordneten getadelt habe, das Wohl der Kirche zu fördern und die Rechte des heiligen Stuhles zu schützen, indem es durchaus nicht zweifelhaft sein kann, daß dieselben mitten unter den Versuchen, welche man gemacht hat, sie einzuschüchtern, jede Gelegenheit ergreifen würden, ihrer Gewissenspflicht zu genügen, wozu die Wahrung und die Verteidigung der Religion und der Rechte ihres Oberhauptes gehört.“ Also auch das Bestreben der Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft!

Dieses Schreiben gewährt einen tiefen Blick in den Seelenzustand des leitenden Kardinals und in die Ziele der römischen Politik. Zwar hatte man gegen die preussische Regierung keine Beschwerden, denen man doch sonst Ausdruck gegeben haben würde, aber instinktiv fühlte man in Rom, daß das neu entstandene Reich kein gefügiges Werkzeug sein werde und sein könne. Man mochte die Dankbarkeit für das von Preußen empfangene Wohlwollen nicht ganz verleugnen, aber ebenso wenig konnte man sich entschließen, die Angriffe der Centrumsparthei gegen die deutsche Politik entschieden abzustellen. Man gab Bismarck gute Worte und sparte gleichzeitig das Centrum zum Kampfe an. Jeder Sehende kann daraus entnehmen, daß es sich hier um einen tiefen Zwiespalt handelte, an dessen Vorhandensein Bismarck unschuldig war. Selbst nach diesen starken Proben furialer Doppelzüngigkeit machte er noch einen letzten Versuch zur Verständigung, ehe er endlich dazu schritt, die Machtmittel des preussischen Staates zur Selbsthilfe anzuwenden.

Vom Tage.

Karlsruhe, 16. Okt.

Wenn Zwei dasselbe thun

Nur nach dem nationalliberalen Parteitage hatte die „Nat.-Ztg.“ einen Artikel veröffentlicht, der unter Berücksichtigung der allgemeinen Parteiverhältnisse des deutschen Nordostens und der speziellen Lagerung der Verhältnisse im Wahlkreis Brandenburg-Westpreußen für die Unterstützung des dort kandidierenden Freisinnigen eingetreten war. Der Wahlkreis war bisher nationalliberal vertreten und durch den Tod des Abgeordneten erledigt. Es stehen sich jetzt nur ein sozialdemokratischer, ein freisinniger und ein konservativ-agrarischer Bewerber gegenüber; der letztere steht sehr weit rechts. Die Aufforderung der „Nat.-Ztg.“ für den Freisinnigen zu stimmen, der mehr gemeinsame Verbindungspunkte mit den Nationalliberalen hätte und namentlich in den hauptsächlichsten wirtschaftlichen Fragen den durch den Parteitag aufgestellten Grundsätzen besser entspräche als der Konservative, wurde von den Nationalliberalen des Wahlkreises abgelehnt, die für den Konservativen eintreten wollten. Zum Teil wenigstens — ein anderer Teil wird dem freisinnigen Bewerber die Stimmen geben. Zu dieser Spaltung nun schreibt die „Köln. Volksztg.“: „Scht nationalliberal wäre es jedenfalls, wenn die einen rechts, die anderen links gingen, um sich nach der Niederlage in aller Freundschaft wieder zusammenzufinden.“ Da kein eigener Kandidat der Partei aufgestellt ist, so folgen ihre Mitglieder der allgemeinen in allen Parteien üblichen Freiheit, ihre Abstimmung nach der individuellen Ueberszeugung zu befhätigen. Wenn aber die „K. V.“ absolut darin etwas Verdammenwertes finden will, so möge sie gefälligst vor der Thür ihrer eigenen Partei kehren. Auch da pflegen, wenn ein Centrumskandidat nicht aufgestellt oder bei der Hauptwahl ausgefallen ist, die kirchlichen Wähler „bald rechts, bald links“ zu gehen und sich dann wieder „in aller Freundschaft“ zusammenzufinden. Sollte es der „K. V.“ an Beispielen dafür momentan fehlen, so erinnern wir sie nur an die Wahl von 1893 in München I; dort kam es zur Stichwahl zwischen Nationalliberalen und Sozialdemokraten; vor der Stichwahl erließen die Führer der Centrumsparthei einen Aufruf zu Gunsten des Liberalen, und bei der Wahl selbst stimmte der größere Teil der Centrumswähler, vor allem die Arbeitervereine Mann für Mann, für den Sozialdemokraten, diesem zum Siege verhelfend. Nach der Wahl aber hielten die „Führer“, welche „rechts“ gegangen waren, in den Kaminen der Wähler, welche sehr „links“ abgestimmt hatten, „in aller Freundschaft“ ihre Vorträge, ließen sich als „Führer des Volkes“ feiern und priesen ihrerseits diese Vereine als „Stützen der Partei“. Das war also nach der „K. V.“ ebenfalls „echt nationalliberal“. Wie muß sich das Blatt solcher Parteigenossen schämen!

Der sozialdemokratische Parteitag

zerfließt dieses Jahr vollständig in persönlichen Zankereien. Noch niemals war eine Herdenschau der Sozialdemokraten so inhaltlos und nichtig, wie heuer. Größere Streitfragen, bei denen etwa die Zugehörigkeit zu der Partei ins Spiel kommen könnte, werden ängstlich vermieden. Man wird sich noch erinnern, welche Bedeutung der Agrarfrage in sozialdemokratischen Kreisen früher beigelegt wurde. Jetzt ist nicht mehr die Rede davon, und Herr v. Vollmar, einer der Hauptlampen auf diesem Gebiet, hat seine Ruhe so lieb, daß er nicht einmal einen darauf bezüglichen Antrag beim diesjährigen Parteitage eingebracht, geschweige denn, daß er diesen bejaht hat. Man geht Prinzipienfragen aus dem Wege, um desto behaglicher persönlichen Quarz breittreten zu können, der in der Menge das Gefühl erregen soll, daß die Führer einander auf die Finger sehen, der aber den Hauptvorzug hat, daß er niemandes Partei-Existenz gefährlich werden kann, und außerdem dazu dient, daß die Reichstagsfraktion sich für ihre Thätigkeit den üblichen Weisbrauch streuen läßt. Denn zwischen den ärgsten persönlichen Kargbalgereien läuft doch immer der Gedanke nebenher: „Scht wie herrlich weit wir es unter Bebel, Liebknecht, Singer gebracht haben!“ Und wenn ja einmal irgend ein Angriff ernsthaft gemeint ist, so läuft er auf nackten Wohlmeid hinaus. Wir sind begierig auf das Echo, das dieser Parteitag unter den „Genossen“ im Lande hervorruft wird.

Deutsches Reich.

Karlsruhe, 16. Okt. Mit den Volksmissionen durch Ordensleute macht man in Bayern eigentümliche Erfahrungen; das fällt sogar der demokratischen „Frankf. Ztg.“ auf. Das Blatt schreibt nämlich:

*) Noch am 6. März 1871 hatte Papst Pius IX. den Kaiser Wilhelm zur Errichtung des Reiches beglückwünscht mit der Versicherung, daß er nichts unterlassen werde, was dem Reiche nützlich sein könnte. Der Papst selbst verlangte vom Kaiser kein Einschreiten zur Wiederherstellung seines weltlichen Besitzes! Der Wortlaut ist abgedruckt bei Wigman „Geschichte des Kulturkampfes“ S. 24.

„Es liegt System in der Sache, meint das „Bayer. Vtd.“ und schreibt: „Nachdem bei uns Jahrzehnte lang die Pfargemeinschaft ausreichte, um die Seelsorge in den einzelnen Pfarreien zu besorgen, werden jetzt auffallend oft Ordensleute berufen, um in Städten und auf dem Lande Volksmissionen abzuhalten. Wer Verzeichnisse der jährlich abgehaltenen Missionen nachliest, wird bald herausfinden, daß das Glück solcher Massenbefehle hauptsächlich Dörfern und Städten zu teil wird, in denen vielleicht ein halbdutzend Persönlichkeiten existieren, die noch einigermaßen politisch selbständig zu denken und etwas freier zu atmen sich erlauben, als die gehorjamen Centrumsleute. Es scheint also, daß unsere Volksmissionen doch nicht ganz frei sind von jedem politischen Beigeschmack, sondern mehr oder minder den Nebenweck haben, für die Zwingherrschafft der ultramontanen Führer Orterer, Daller u. s. w. zu arbeiten.“ Das „Bayer. Vtd.“ könnte darüber wohl unterrichtet sein (und es steht gewiß nicht im Verdachte des Liberalismus. Red. der „Bad. Vdsztg.“) Hat es Recht, so liegt in seinen Mitteilungen ein neuer Beweis dafür, wie die Kirche zu einer politischen Einrichtung gemacht wird.“

Berlin, 15. Okt. Der „Reichs-Anz.“ meldet, der Vorkassenssekretär im Vatikan, Frhr. v. Ketteler, ist zum deutschen Gesandten in Mexiko und der Konsul Kriege zum Vizelegationsrat im vortragenden Rat im Auswärtigen Amt ernannt. — Die „Nordb. Allg. Ztg.“ bezeichnet nach ihren Informationen die abfällige Kritik der „Deutschen Tagesztg.“, betr. die Aufbesserung der Beamtengehälter, als auf durchweg falscher Voraussetzung beruhend.

Berlin, 15. Okt. Der ehemalige Leiter des Preßbüreaus im Auswärtigen Amt, Geh. Legationsrat a. D. Prof. Dr. Köppler, ist im 76. Lebensjahre gestorben.

Berlin, 15. Okt. Nach der „Berl. Börsenztg.“ befindet sich der Entwurf einer Militärstrafprozessordnung im Stadium einer nochmaligen Umarbeitung durch den Kriegsminister von Goltz. Wenn diese vollendet ist, gelangt der Entwurf wieder zunächst an das preussische Staatsministerium, sodann an die Kriegsminister der anderen Bundesstaaten und erst hierauf an den Bundesrat. Hierzu bemerkt der „Hann. Kur.“: „Darüber könnte der größte Teil der Session vergehen. Vielleicht ist es zweckmäßig, daran zu erinnern, daß der Reichstagskanzler in der Reichstagsitzung vom 18. Mai die „bestimmte Erwartung“ ausgesprochen hat, er werde „im Herbst dieses Jahres“ den neuen Entwurf der gesetzgebenden Körperschaft des Reiches vorlegen können. Sicher wird Fürst Hohenlohe Sorge tragen, daß seine Erwartung erfüllt wird. Es würde zweifellos und mit Recht den schlechtesten Eindruck machen, wenn das Einbringen der Reformvorlage aus irgend welchen Gründen abermals verzögert würde.“

Berlin, 15. Okt. Heute Nachmittag wurde die Gewerbeausstellung geschlossen. Kommerzienrat Rühmann brachte ein Hoch auf den Protektor Prinzen Leopold, der frühere Handelsminister v. Berlepsch das Hoch auf den Kaiser aus. Der Kaiser ließ sein Bedauern ausdrücken, verhindert zu sein, dem feierlichen Schlußakte der so großartig angelegten und so schön verlaufenen Ausstellung beizuwohnen. Staatsminister Bebel erklärte die Ausstellung für geschlossen. — Der „Post“ zufolge erhielten bei der heutigen Schlußfeier die Mitglieder des Arbeitervereins 28 goldene Medaillen an nur Berliner Industrielle sind 80 silberne und 300 bronzene Medaillen zur Verteilung gelangt.

Berlin, 15. Okt. Handelstag. (Fortsetzung.) Zu § 67 „Zulässigkeit und Gestattung der Konkurrenzklause“ liegen Änderungsanträge verschiedener Handelskammern vor. Die Versammlung beschloß, positive Anträge hierüber zu unterlassen und das gesamte vorliegende Material dem Reichstagskanzler zur Kenntnisnahme mitzuteilen. Sodann wurde Buch 2 „Handelsgesellschaften und stille Gesellschaft“ beraten. Einer Anzahl von Änderungsanträgen wurde zugestimmt. Weiterberatung morgen.

Berlin, 15. Okt. Die Ausschüsseberatungen des Kolonialrates sind heute Nachmittag abgeschlossen worden. — Der „Kreuzztg.“ zufolge hat das Oberverwaltungsgericht das von dem Oberpräsidenten der Provinz Hannover bestätigte Verbot der Ausführung von Hauptmann's „Weber“ im Stadttheater zu Hannover außer Kraft gesetzt.

Gotha, 15. Okt. Sozialdemokratischer Parteitag. Heute entspann sich eine längere Debatte über die Arbeiterfrage. Auf Antrag des Abg. Wurm wurde eine Resolution angenommen, in welcher die Agitation für den gesetzlichen Arbeiterschutz als eine der wichtigsten Aufgaben der sozialdemokratischen Partei erklärt wird. Deshalb werde die Partei alle Kraft einsetzen, um durch politische und gewerkschaftliche Organisation den gesetzlichen 8-Stundentag zu erkämpfen. Außerdem erklärte sich der Parteitag für den gesetzlichen 8-Uhr-Adenschluß.

Münster, 15. Okt. Heute Mittag 1 Uhr wurde die Landesausstellung in feierlicher Weise geschlossen. Der Minister des Innern, Freiherr v. Feilich, wurde am Hauptportale der Ausstellung von einer Abordnung empfangen und zum Vestibül geleitet, wo sich eine glänzende Versammlung eingefunden hatte. Nach dem Vortrag eines „Wissenschaftlichen“ hielt der Direktor des Gewerbevereins, v. Kramer, eine Ansprache, in welcher er einen Rückblick auf die Geschichte der Ausstellung gab. Alsdann erfolgte die Verteilung der Preise für die Gruppe „Gartenbau“. Hierauf hielt Minister v. Feilich die Schlußrede, in welcher er auf die Erfolge der Ausstellung, deren zahlreichen Besuch und die allseitige Mitwirkung hinwies. Mit einem Hoch auf den Prinzregenten, welches der erste Bürgermeister Dr. v. Schub ausbrachte, schloß die Feier.

Ausland.

Frankreich.

Paris, 15. Okt. Nach einem in Petersburg getroffenen Uebereinkommen sollen sämtliche zwischen Frankreich und Rußland bestehenden Handelsverträge auch auf Tunis Anwendung finden. Rußland wird in Tunis die Behandlung einer meistbegünstigten Nation erfahren.

Paris, 15. Okt. Die gestern eingetroffene Indo-Chinesische Post berichtet, daß zwei Missionäre und mehrere Kolonisten in Siam und Pakolung (Siam) von Banditen überfallen und ausgeraubt wurden. Einer der Missionäre soll getötet worden sein. — Von mehreren hervorragenden Deputierten der Rechten wurde beschlossen, in der ersten Sitzung der bevorstehenden Kammeression den Antrag zu stellen, der Regierung den Dank und die Glückwünsche für die Art und Weise auszusprechen, wie die Feste zu Ehren des Jaren veranstaltet worden seien.

Spanien.

Madrid, 15. Okt. Nach amtlichen Depeschen aus Manila wurde die Abteilung Zalisay von den Rebellen angegriffen. 400 Soldaten wurden zu Hilfe geschickt, mußten aber der Uebermacht weichen. Dieselben hatten einen Verlust von 18 Toten, unter ihnen 2 Offiziere, und 23 Verwundete. Zwei Bataillone unter General Blanco gingen zur Unterstützung ab.

Afien.

Simsa, 15. Okt. In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Rates befhätigte der Vizekönig, daß in einem großen Teile Indiens ein Notstand zu erwarten sei. Die Regierung habe in-

*) So berichtet Graf Frankenberg später selbst; siehe Poschinger Bismarck und die Parlamentarier“, II. Bd. S. 160

hessen bereits Maßregeln getroffen, um den Bedürfnissen Arbeit und Unterfertigung zu gewähren. Die im Eisenbahn- und Kanalverkehr erzielte Verbesserung und die Weizen-Einfuhr aus Kalifornien und andern Märkten würden einer akuten Hungersnot vorbeugen.

Baden und Nachbarländer.

• Karlsruhe, 16. Okt. Das Großh. Ministerium des Innern hat die Großh. Bezirksämter angewiesen, innerhalb einer gewissen Zeit an dasselbe zu berichten, ob sich bei der Durchführung der Verordnung des Bundesrats vom 4. März 1896, betr. den Betrieb von Bäckereien und Konditoreien, Schwierigkeiten ergeben, oder ob sich trotz der erst kurzem Geltungsbauer der Verordnung schon jetzt nachteilige Wirkungen dieser Bestimmungen gezeigt haben, und ob insbesondere Umstände zu Tage getreten sind, welche die hier und dort erhobenen Klagen über eine wirtschaftliche Schädigung des Bäckergewerbes und das Schwenden des guten Einvernehmens zwischen den Meistern und Gesellen begründet erscheinen lassen könnten.

Das Großh. Ministerium des Innern hat den auf Grund der höchstinstanzlichen Verordnung vom 15. Februar 1893 gebildeten Landesgewerbeberath zum Donnerstag, 22. d. M., nach Karlsruhe berufen. Den einzigen Gegenstand der Tagesordnung wird die Organisation des Handwerks bezw. die Beratung des bekannten Gesetzentwurfs bilden. Das Ministerium des Innern hat von dem ihm zustehenden Rechte, zu den von den Handelskammern und gewerblichen Vereinen gewählten Mitgliedern des Landesgewerbeberathes sonstige sachverständige Personen zu den Verhandlungen der Körperschaft heranzuziehen, für diese Sitzung Gebrauch gemacht und, lt. Karlsruhe, 16. Okt., nur an ausübende Handwerker Einladungen für den 22. d. M. ergehen lassen.

• Heidelberg, 15. Okt. Die Einrichtung elektrischer Beleuchtung in unserer Stadt ist wieder auf die Tagesordnung gesetzt worden. Der Stadtrat hat eine Kommission beauftragt, die Frage wegen Anlage einer elektrischen Zentrale zu studieren und möglichst bald Vorschläge zu machen, die zu einer Erleuchtung der Stadt führen. — Der kürzlich verordnete Kaufmann Koch hat den Armen der hiesigen Stadt testamentarisch 15000 M. hinterlassen. Der Stadtrat hat das Vermächtnis mit Dank angenommen.

• Baden-Baden, 15. Okt. Also doch! Was man vor den hiesigen Stadtratswahlen munkelte, es würden im Falle einer Wiederwahl des Herrn Hermann Weber die Freisinnigen gegen diese Wahl Protest erheben, hat sich vor kurzem nun verwirklicht. Der Protest soll damit begründet sein, daß Herr Weber als geschäftsführendes Mitglied des städt. Kurkomitees einen festen Gehalt beziehe, somit als bezahlter Beamter der Stadt zu betrachten sei. Nun ist es ein offenes Geheimnis, daß Herr Weber die Stelle eines Kurdirektors auch für künftig nur unter der Bedingung begleiten würde, daß er Mitglied des Stadtrats bleiben kann, da derselbe nicht gewillt ist, sich unter die städtischen Beamten einreihen zu lassen. Seine Mittel erlauben ihm diesen Luxus. Nichts desto weniger hieß es bei der freisinnigen Versammlung: „Fort mit Weber! er ist ein Nationalliberal!“ Da man aber die Wiederwahl nicht zu verhindern mochte, wird sie angefochten, nicht etwa, weil man die Tüchtigkeit dieses Mannes sowohl als Stadtrat, wie als Kurdirektor in Abrede stellt, o nein, sondern aus reinem Partisanatismus. Statt einen der besten ihrer Mitbürger zu ehren und ihn in Amt und Würden zu erhalten, suchen die „Freisinnigen“ ihn zu verdrängen, um einem bezahlten, pensionsberechtigten Beamten, deren wir nach Ansicht der Freisinnigen schon viel zu viele auf dem Rathaus hätten, Platz zu machen. Ist Herr Weber wirklich nicht mehr zur Weiterführung der Geschäfte des Kurkomitees zu bewegen, oder würde dem Wahlprotest von behördlicher Seite Folge gegeben (letzteres dürfte zwar unwahrscheinlich sein, wie das Beispiel Braun zeigt), so erwacht dem Stadtsäckel durch die Anstellung eines neuen Kurdirektors eine Mehrausgabe von 3 bis 5000 M., ohne die etwa in Betracht kommende Pension, ohne die Gewissheit, für den Posten eine geeignete Persönlichkeit zu gewinnen. Anderwärts ehrt man seine verdienten, tüchtigen Mitbürger in den Himmel, hier entleidet man ihnen durch alle möglichen Giften das Leben und die Freude am Schaffen für das allgemeine Wohl der Vaterstadt. Die Freisinnigen sind vollständig im Irrtum, wenn sie behaupten, die Stelle eines geschäftsführenden Mitgliedes des Kurkomitees sei nicht mit dem Amt eines Stadtrats vereinbar. Im Gegenteile. Die Erfahrung hat es bewiesen, daß der bürgerliche Stadtrat-Kurdirektor sich glänzend bewährt hat, und es dürfte eine große Anzahl kleiner Geschäfte sich durch ihn auf eine sehr einfache Art abwickeln lassen. Hoffen wir, der einseitigsoziale Teil der Bürgerschaft behalte im Interesse unseres Kurortes das Oberwasser.

• Mühlheim, 15. Okt. Der „Freib. Bot.“ brachte in Nr. 228 vom 6. Okt. von hier die unrichtige Notiz: „Der Redner der hiesigen Spartaaffe, Aufbaumer, ist mit Hinterlassung eines ansehnlichen Fehlbetrags stichtig geworden.“ Hiesig ist von seiten der Spartaaffe Beleidigungsklage erhoben. Sonderbarerweise weist die Lokalpresse von dem Konkurs des früheren Kassiers der Volkssant, Aufbaumer, nichts zu berichten, weshalb den Freunden der Spartaaffe des Bezirks Mühlheim hierdurch kumbgethan wird, daß die Spartaaffe mit jener Angelegenheit nichts zu thun hat.

• Zegern, A. Schopfheim, 14. Okt. Kann hat sich der Schreck über die Mordthat vom letzten Montag ein wenig gelegt, kaum ist die Verurteilung des Ermordeten gestattet und erfolgt, so bringen unsere Fuhrleute schon wieder das Gerücht von einer frechen und ruchlosen That mit heim. In der gestrigen Nacht wurde ein Fuhrmann zwischen Birschen und Langensee von einem Mann angerufen mit „Geld oder Blut!“ Als der Fuhrmann darauf die Pferde antrieb, schoß der aus dem Walde kommende Mann mehrere Schüsse auf den mit dem Gefährt davonpreizenden ab, ohne jedoch zu treffen. Salmecker Schulförder erzählen, ihnen sei im Walde ein fremder Mann begegnet, der sich um sich sehen und sie ausgefragt habe, worauf sie in Misträuen davongelaufen seien. Sämtliche Polizeioorgane sind auf den Weimen, um nach dem frechen Angreifer zu fahnden, den man mit dem Wörder des Schwald für identisch hält. Was diesen letztern Fall betrifft, so ist ein übel beleumundetes Ehepaar aus Langensee verhaftet, bald aber wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Bei dem hier sehr ausgedehnten Wald ist es leicht möglich, daß fragliche Person sich lange im Gebirg herumtrieb und noch mehr Unheil oder Schrecken anrichtet, ohne daß es gelingt, ihrer habhaft zu werden.

• Staufer, 13. Okt. Im Laufe des letzten Jahres stieg die hiesige Sektion des Schwarzwaldbereins von 30 auf 76 Mitglieder, dank dem unermüdelichen Eifer ihres Vorstandes, Herrn Dr. Start. Häufige gemeinsame Exkursionen, sowie die Monatsversammlungen, in denen gewöhnlich Vorträge gehalten werden, führen immer eine stattliche Anzahl von Mitgliedern zusammen. Während des Sommers wurden im Belchengebiet größere Wegbauten ausgeführt, weitere sind für nächstes Jahr geplant. In der gestrigen Sitzung hielt Herr Warrer Murat von Grunern einen interessanten Vortrag über Kryptogramme. Voller Anerkennung fanden die photographischen Aufnahmen: Staufer und Belchen, von denen die Sektion zwei Blätter dem Album einverleibt hatte, das der Schwarzwaldberein seinem hohen Protektor als Jubiläumsgabe überreichte. 2 Abbildungen wurden auch der Stadtgemeinde als Geschenk überwiesen. — Die in letzter Zeit so viel besprochene Drahtseilbahn auf den Belchen hat keine besonderen Aussichten auf rasche Ausführung, da bei der Länge, resp. Höhe der Strecke und den dadurch ganz bedeutend gesteigerten Anlagekosten die Rentabilität von sachkundiger Seite sehr bezweifelt wird.

• Aus Baden, 16. Okt. Mannheim. Beim Zusammen-

hängen zweier Güterwagen im Rangierbahnhofe geriet der verheiratete Bahnarbeiter Friedrich Bodis von Ostersheim mit der linken Schulter zwischen die Räder und erlitt dabei eine schwere Verletzung. — Freiburg. In dem benachbarten Fähringen hat sich der Steinhauser Gottfried Winter mittelst Revolvers erschossen.

Städte tag der mittleren Städte Badens.

• Offenburg, 15. Okt. Im neuen Bürgeraale hier fand heute der 2. ordentliche Städte tag der mittleren Städte Badens statt. Vertreten waren etwa 40 Städte. Den Vorsitz führte Herr Bürgermeister Hermann-Offenburg. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde ein Antrag Offenburg auf Öffentlichkeit der Verhandlungen des Städte tags mit Geltung für die diesmalige Sitzung angenommen. Hierauf erstattete namens der geschäftsführenden Kommission Herr Bürgermeister Dr. Weiß-Eberbach den Jahresbericht. Danach gehören jetzt dem Verbands mittlerer Städte 42 Städte an. Die Tätigkeit der Kommission erstreckte sich hauptsächlich auf diejenigen Gegenstände, über welche Resolutionen des vorigen Städte tags in Kraft vorlagen.

Bezüglich des Antrags betr. die Verfassungsrevision bezw. des der nat.-lib. Partei unterbreiteten Wunsches auf Vertretung der mittleren Städte in der Kammer bemerkt Herr Dr. Blankehorn-Mühlheim, durch die bezüglichlichen Verhandlungen vermittelt wurden, daß die nat.-lib. Partei so viel zugesagt habe, als nach Lage der Dinge zuzulassen war. Die Partei wünsche selbstverständlich eine richtige Vertretung auch der mittleren Städte, aber nicht die Partei habe die Gesetzentwürfe auszuarbeiten, sondern die Regierung, welche aber bestimmtermaßen in der Verfassungsrevisionsfrage und in Bezug auf das allgemeine direkte Wahlrecht, welches seine Partei wünsche, sich durchaus ablehnend verhalte. Für den eingeschränkten Antrag der nat.-lib. Partei wäre die Regierung zu haben gewesen; damit wäre auch das allgemeine direkte Wahlrecht im Prinzip erreicht worden, doch hätte man damals noch nicht bestimmen können, in welcher Weise die richtige Vertretung der mittleren Städte zu erreichen sei. Es wurde übrigens schon bei Einbringung des Antrags betont, daß Verbesserungen in einzelnen Punkten nichts im Wege stehe. Damit ist eigentlich schon gesagt, daß die Partei einer Vertretung der mittleren Städte, als einem berechtigten Verlangen, nicht entgegen sei. — In Bezug auf die Zulassung von Nichtjuristen zum Amte der Grund- und Pfandbuchführer, so wie in Bezug auf die Gestaltung des Gesetzes über Zusammenlegung von Grundstücken wurden die von der Kommission vertretenen Wünsche der Städte vom letzten Landtage erfüllt. Von Gegenständen, die auf dem vorigen Städte tag nicht zur Sprache kamen und auf schriftlichem Wege behandelt wurden, erwähnt der Bericht: 1) Die Abänderung der Gebührenordnung für die Gemeindebeamten. 2) Denkschrift des Finanzministeriums über die Reform der direkten Steuern. 3) Ausführung des § 77 des Militärpensionsgesetzes. 4) Gesetzentwurf über die Fürsorge für Gemeindebeamte.

Nach Erstattung des Jahresberichts wurde zunächst über 1) eine Aenderung der Satzungen des Städte tags beraten und zu Satz 2 in § 2 der Satzungen ein Zusatz angenommen, der besagt: „Die Bestimmungen der Städte tagvertreter sind von den zuständigen Gemeindeorganen zu bestätigen.“

2) Aenderung des § 86 der Gemeindeordnung. Referent: Bürgermeister Chret-Weinheim. Es handelt sich in dem genannten Paragraphen um das Recht für den Besitzer größerer gewerblicher Unternehmen, welche eine Gemeinde nachstehende Summen an Umlagen zu zahlen, eine Ermäßigung der Umlagen einzutreten zu lassen. Nach § 86 der Gemeindeordnung haben solche Besitzer in gewissen Fällen sogar ein klagbares Recht auf eine solche Ermäßigung. Deshalb soll dieser § 86 in dem Sinne geändert werden, daß dieses klagbare Recht verschwindet, aber den Gemeinden unbenommen bleibt, aus freien Stücken die Ermäßigung der Umlagen zu gewähren, wie es in § 86 der Städte tagordnung ebenfalls vorgesehen ist. Bürgermeister Chret-Weinheim spricht gegen den Antrag, der von Dr. Blankehorn und dem Vertreter von Säckingen bestritten und angenommen wird.

3) Stellung der Städte zur badischen Verfassungsrevisionsfrage (Referent Dr. Weiß-Eberbach). Der Antrag hierzu spricht das Einverständnis des Städte tags mit den von der Kommission seither unternommenen Schritten aus und beauftragt die Kommission, die Sache weiter im Auge zu behalten und in geeigneten Fällen das Interesse der mittleren Städte im seitherigen Sinne zu vertreten.

4) Denkschrift des Großh. Finanzministeriums über die Reform der direkten Steuern in Baden. Referent: Bürgermeister Hermann-Offenburg. Der Referent giebt einen sehr eingehenden Überblick über die in der bekannten Denkschrift niedergelegten Grundzüge der Steuerreform, die bekanntlich im wesentlichen die Ertragssteuer durch die Vermögenssteuer ersetzt werden sollen. Ein Antrag, die Erhebung der Gemeindeumlagen in Verbindung mit der Erhebung der Staatssteuern betreffend, wurde zurückgezogen, nachdem die Bürgermeister A. d. H. Zambach, Chret-Weinheim, Weiß-Eberbach dagegen gesprochen hatten. Der Städte tag billigt jedoch die Grundzüge der in der Denkschrift skizzierten Reform und giebt dem Finanzministerium Kenntnis von dem Inhalt der heutigen Verhandlungen.

5) Austausch unter den Städten über gemachte Erfahrungen und getroffene Maßregeln oder Einrichtungen. Referent: Bürgermeister Hugard-Staufen. Es soll ein Austausch zwischen den Städten stattfinden bei der Aufstellung oder Erneuerung ortspolizeilicher Vorschriften (Bauordnungen, Marktordnungen, Friedhofordnungen etc.), da es von großem Werte ist, die Bestimmungen kennen zu lernen, welche sich anderwärts unter gleichen oder ähnlichen Verhältnissen z. B. auch bei Erbauung von Wasserleitungen, Kanalisationen, Schlachthäusern u. s. f. gebildet und bewährt haben. Hierzu wird ein Antrag angenommen, welcher die geschäftsführende Kommission beauftragt, über die Form des zu bewerkstelligenden Austauschs dem nächsten Städte tag Vorschläge zu machen.

6) Ausgleichung der Cinquartierungslasten im Großherzogtum. Hierzu bringt Bürgermeister Fischer-Donauschingen ein sehr eingehendes und interessantes Referat. Der Referent weist auf dem Beispiel Donauschingens nach, daß durch die Cinquartierungen einzelnen Gemeinden und deren Bürgern Lasten auferlegt werden, die mit den Entschädigungen dafür in keinem Verhältnis stehen. In Donauschingen wurden z. B. bei der letzten Cinquartierung von der Bürgerschaft etwa 22,000 M. aus eigener Tasche zugelegt, d. i. 66 pCt. der für das ganze Jahr bezahlten Umlagen. Für den Einzelnen können das unter Umständen recht empfindliche Opfer werden. Der Antrag geht deshalb in der Hauptsache dahin, daß die Entschädigung für Quartierleistung und Verpflegung, sowie für Zubehörungen auf eine Höhe festgesetzt werde, welche zu dem wirklichen Aufwande in angemessenem Verhältnisse steht, daß ferner im Interesse einer gerechten und gleichmäßigen Verteilung dieser Lasten der Staatszuschuß eine entsprechende Erhöhung erfahre. Die geschäftsführende Kommission soll zu Gunsten einer solchen Ausgleichung aus Staatsmitteln bei Großh. Regierung vorstellig werden.

7) Alters- und Hinterbliebenenfürsorge der Gemeindebeamten (Ref. Dr. Weiß-Eberbach). Hierzu wird nach längerer Debatte folgender Beschluß gefaßt bezüglich der Stellungnahme des Städte tags zu dem am 1. Januar 1897 in Kraft tretenden Fürsorgegesetz für Gemeindebeamte: Der Städte tag steht dem Grundgedanken des Gesetzes freundlich gegenüber, findet aber Mängel in den Einzelheiten und behält sich des-

halb eingehende Stellungnahme für das nächste Jahr vor, die geschäftsführende Kommission wird beauftragt, alsdann auch Vorschläge darüber zu machen, ob und wie die Lasten, die § 4a den Gemeinden vorschreibt, gemeinsam zu tragen wären.

8) Haftpflichtversicherung der Gemeinden (Ref. Bürgermeister Wirthum-Bretten). Der Städte tag hält es für gut, einer gemeinsamen Haftpflichtversicherung näher zu treten und beauftragt mit Bearbeitung der Frage eine Kommission, bestehend aus den Herren Wirthum-Bretten, Lez-Neberlingen und Dr. Weiß-Eberbach.

9) Abänderung des Termins für die Rechnungsvorlage (Referent Hugard-Staufen). Der Antrag wird angenommen; doch mit der Beschränkung auf die Gemeinden, die ihre Rechnung nicht als Hauptbuch führen. Die geschäftsführende Kommission soll entsprechende Schritte thun.

10) Behandlung des Grundstocks in der Gemeindeverrechnung (Referent: Dr. Weiß-Eberbach). Der Städte tag spricht sich für die vom Referenten vorgeschlagenen Änderungen aus und beauftragt die geschäftsführende Kommission, entsprechende Schritte zu thun.

11) Sonntagsruhe im Handelsgewerbe (Referent Meckling-Schwefingen). Der Antrag wird von dem Referenten im Hinblick auf die vorgelagte Zeit zurückgezogen.

12) Anwendung des § 22 der Verordnung vom 9. Dez. 1895, die Abwehr und Unterdrückung der Viehseuchen betr. (Referent: Wirthum-Bretten). Beschluß: Es soll darauf hingewirkt werden, daß dieser Paragraph nur angewendet werde, wenn die Seuche im Markorte oder dessen nächster Umgebung ausgebrochen ist.

13) Als Versammlungsort für das nächste Jahr wird Weinheim bestimmt. In die geschäftsführende Kommission werden wiedergewählt die Herren Dr. Weiß (Vorsitzender), Hermann, Chret.

Aus der Residenz.

• Karlsruhe, 16. Okt. — Dem demokratischen „Bad. Landesboten“ gestattet seine Gesinnung, den traurigen Fall Bräutigam in widerlicher Weise zu reklamieren für sich anzubringen. Wir würden ihn in diesem edlen Thun nicht fördern, wenn er dabei nicht in einer Beurteilung über die Haltung der liberalen Presse in geradezu cynischer Weise die Wahrheit verlegen würde. Das Demokratienblatt schreibt nämlich:

Selbst derjenige Teil der Presse, der sonst alles für die Militärverwaltung Unangenehme zu verschweigen und zu vertuschen sucht, ist, was betont werden muß, sehr endlich durch den allgemeinen Lärm des Publikums gezwungen worden, nachträglich zu der Unangenehm Stellung zu nehmen, was diese Art von Blättern nur mit süßsauren Miene thut.

Unter dem „Teil der Presse“, auf den hier hingewiesen wird, ist natürlich nach dem demokratischen Jargon die liberale Presse zu verstehen. Es wäre unter unserer Würde, dem „Landesboten“ gegenüber unsere Haltung im Fall Bräutigam zu rechtfertigen, aber wir müssen zur Charakterisierung obiger Auslassung wenigstens den Thatbestand feststellen. Unsere Leser wissen, daß wir schon am Montag im II. Blatt sehr entschiedene Stellung zu der Angelegenheit genommen und zur Beurteilung der That alle diejenigen Gesichtspunkte geltend gemacht haben, die nachträglich auch von anderen Blättern hervorgehoben worden sind. Zur gleichen Zeit aber — Montag Nachmittag — veröffentlichte der „Bad. Landesbote“ einen Artikel, in welchem das Urteil über das Vorkommnis in folgenden Worten zusammengefaßt war:

Premierleutnant Bräutigam ist einer der liebenswürdigsten und bestbelehrtesten Offiziere des Regiments, alle, die ihn näher kennen, wissen, daß er ein ruhiger, brütaler Charakter ist, er ist heute eben so zu beklagen, wie das unglückliche Opfer der sogenannten Standesehre.

Ganz dieselbe Haltung nahm gleichzeitig auch die aus Kreisen des „Landesboten“ bediente „Frankf. Ztg.“ ein. Von dieser milden Auffassung sprangen die Demokratienblätter dann aber am Dienstag plötzlich zum graden Gegenteil über. Der „Landesbote“, der am Montag noch Herrn v. Bräutigam „einer ruhigen, brütalen That unfähig“ erklärt hatte, beschuldigte den gleichen Herrn am Dienstag, wie um sich selbst auf den Mund zu schlagen, der „rohen Brutalität“ u. s. w. Wenn also jemand anfänglich nicht den „Muth der eigenen Ueberzeugung“ gehabt hat, sondern erst durch den allgemeinen Unwillen des Publikums gezwungen wurde, nachträglich Stellung zu nehmen, so war es nicht die liberale, sondern die demokratische Presse, und es gehört eine für einständige Leute ganz unbegreifliche Stumpfsinnigkeit dazu, in solcher Lage Vorwürfe gegen die liberale Presse zu erheben, wie sie der „Landesbote“ fertig gebracht hat.

— **Neue fünfzigjährige** werden demnächst in dem Verfahr kommen. Die Münzen zeigen auf beiden Seiten einen Eichenkranz. Der auf der einen Seite befindliche Adler ist bedeutend kleiner als der auf den bisherigen Goldstücken und hat schräg abfallende Flügel. Die Kette seines Brustschildes wird durch kleine Adler gebildet.

— **Ein Pariser Flugblatt** ist uns von einem Freund unseres Blattes zugeeignet worden. Es nennt sich „Programme Officiel Et Complet Des Fêtes Franco-Russes“. Von dem Inhalt dieses „offiziellen Programms“, das in Hunderttausenden von Exemplaren in Paris verbreitet wurde, hier nur eine kleine Probe: Der letzte Vers eines Gedichtes, „A Notre Alliance“ überschrieben, lautet:

„De la revanche il est, dit-on
L'Espérance suprême;
Prêt à combattre le Teuton
Pour la France, qu'il aime.
Il vient rendre le cher espoir
A l'Alsace-Lorraine,
Qui n'aspirent qu'à nous revoir
En vainqueur dans leurs plaines.“

Also „Väterchen Jar“ ist die letzte Hoffnung auf Neuankömmlinge; er ist bereit, für sein geliebtes Frankreich gegen Deutschland ins Feld zu ziehen; er erweckt ein süßes Hoffen in den Herzen der Elsaß-Lothringer, die nichts schmerzlicher wünschen, denn Frankreich als Sieger zu sehen auf ihren Gefilden!

— **Konzert.** Bekanntlich wurde in der evangelischen Stadtkirche zu Durlach kürzlich eine neue Orgel erstellt, die von der rühmlichst bekannten Firma Voit u. Sohn gebaut, an Größe und Klangschönheit alle übrigen Orgeln der protestantischen Kirchen unseres Landes übertrifft. In dieser Orgel sind alle Verbesserungen und Erfindungen, welche die Neuzeit in der Orgelbautechnik hervorgebracht hat, zur Anwendung gekommen, und gewährt es einen hohen Genuß, das Bruchstück von Meisterhänden spielen zu hören. Um nun diesen auch der Allgemeinheit zu verschaffen, hat sich Herr Hoforganist Barner entschlossen, nächsten Sonntag, nachmittags 7 1/2 Uhr, in der Durlacher Stadtkirche ein Konzert zu veranstalten, wobei der Künstler alle Vorzüge der seltenen Orgel zur Geltung bringen wird. Für Abminderung im Programm ist durch den Vortrag von G. u. G. a. a. m. und Ref. W. v. v. hier ihre freundliche Mitwirkung zugesagt haben. Somit kann aller Kunstfreunden aus Nah und Fern dieses Kirchenkonzert angelegentlich empfohlen werden.

Amthliche Nachrichten.

Der Großherzog hat den Gerichtsschreiber G. H. Oppenheimer in Baden auf sein Ansuchen unter Anerkennung seiner langjährigen, treuesten Dienste in den Ruhestand versetzt. Gerichtsschreiber Joh. Staudt bei dem Amtsgericht Mannheim wurde in gleicher Eigenschaft an jenes in Baden versetzt und Aluar Albert W. W. bei dem Amtsgericht Bruchsal zum Gerichtsschreiber bei dem Amtsgericht Mannheim ernannt. Amtsregistrator Heinrich Müller in Eppingen wurde zum Großh. Bezirksamt Karlsruhe, Amtsregistrator Otto Jungblut in Bundenberg in gleicher Eigenschaft zum Großh. Bezirksamt Eppingen versetzt und Polizeiaufwärter August Hartinger in Karlsruhe dem Großh. Bezirksamt Bundenberg als Registrator beigesetzt.

